

**TOP 7.1**

<b>Gremium</b>	<b>Termin</b>	<b>Status</b>
Stadtrat	14.02.2022	öffentlich

**Antrag der Stadtratsfraktion Bürger für Ludwigshafen; Intelligente Videoüberwachung am Berliner Platz zur Gefahrenabwehr (Bekämpfung der Straßenkriminalität)**

Vorlage Nr.: 20224643

Stadtratsfraktion „Bürger für Ludwigshafen“  
Bauhausstraße 32  
67069 Ludwigshafen am Rhein

Ludwigshafen, den 03.02.2022

Frau Oberbürgermeisterin  
Jutta Steinruck  
Stadtverwaltung  
Rathausplatz 20  
67059 Ludwigshafen

Antrag zur Stadtratssitzung am 14.02.2022  
Intelligente Videoüberwachung am Berliner Platz zur Gefahrenabwehr (Bekämpfung der  
Straßenkriminalität)

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Steinruck,

**wir beantragen zur Stadtratssitzung am 14.02.2022:**

1. Die Stadtverwaltung entwickelt ein Konzept zur Einführung einer „Intelligenten Videoüberwachung“ für die Überwachung des Berliner Platzes zur Gefahrenabwehr (Bekämpfung der Straßenkriminalität), vergleichbar mit der „Intelligenten Videoüberwachung“ der Stadt Mannheim, die im Dezember 2018 dort eingeführt wurde.
2. Die Oberbürgermeisterin evaluiert mit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, Prof. Dr. Dieter Kugelmann, das unter Nr. 1 entwickelte Konzept und die Möglichkeiten der Einführung dieser „Intelligenten Videoüberwachung“ für die Überwachung des Berliner Platzes zur Gefahrenabwehr (Bekämpfung der Straßenkriminalität).
3. Die Stadtverwaltung evaluiert die Kosten für das unter Nr. 1 entwickelte Konzept der Einführung einer „Intelligenten Videoüberwachung“ für die Überwachung des Berliner Platzes zur Gefahrenabwehr (Bekämpfung der Straßenkriminalität).
4. Die Oberbürgermeisterin evaluiert mit der Landesregierung die Finanzierung der oben genannten „Intelligenten Videoüberwachung“ im Rahmen eines neu aufzulegenden Förderprogrammes (Ziel: 100 % Finanzierung Land).

**Begründung:**

Im Jahr 2020 wurden in Ludwigshafen am Rhein 8.688 polizeilich registrierte Straftaten pro 100.000 Einwohner gemeldet. Unter allen deutschen Städten über 100.000 Einwohnern und Landeshauptstädten belegt Ludwigshafen Rang 29 von 82 in der Statistik aller gefährlichsten Großstädte in Deutschland. Damit schneidet Ludwigshafen überdurchschnittlich schlecht ab und landet fast im oberen Drittel der Statistik.

Quelle: Neueste Statistik bei „Statista“  
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/200790/umfrage/gefaehrlichste-staedte-in-deutschland/>

---

Die Nachbarstadt Mannheim hat mit 9.177 polizeilich registrierte Straftaten pro 100.000 Einwohner in etwa vergleichbare Daten. Dort wurde Anfang Dezember 2018 die „Intelligente Videoüberwachung“ eingeführt. Laut des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Minister des Inneren Baden-Württembergs, Thomas Strobl, ist Baden-Württemberg damit „Vorreiter in Sachen Sicherheitspolitik im digitalen Zeitalter – und das sogar europaweit“. Die Stadt Mannheim stellt die Vorzüge dieser neuen Technik auf ihrer Homepage dar:

„Diese neue Technik arbeitet nicht auf der Grundlage der Gesichtserkennung. Sie ermöglicht vielmehr eine automatische Bildauswertung. Das heißt: Bestimmte Verhaltensmuster, die auf Straftaten hindeuten wie etwa Schlagen, Rennen, Treten, Hinfallen, werden über entsprechende Algorithmen erkannt und sofort im Lagezentrum der Polizei gemeldet. Die Polizei kann auf diese Weise schnell und zielgerichtet eingreifen und dabei zukünftig Ressourcen sparen“.

In Ludwigshafen gilt der Berliner Platz als „gefährlicher Ort“, wie zahlreiche Medienberichte und die nächtlichen Alkoholverbote belegen. Er eignet sich deshalb besonders als Pilotprojekt für die Einführung einer „Intelligenten Videoüberwachung“ in Ludwigshafen.

Auch wenn die Kriminalitätszahlen (wohl auch Corona-bedingt) aktuell sinken, gibt es keinen Grund zur Entwarnung. Im Vergleich aller Großstädte in Deutschland schneidet Ludwigshafen überdurchschnittlich schlecht ab, wie die oben angeführte Statistik belegt.

Die Stadt Mannheim hatte dieses Projekt mit der finanziellen Unterstützung der Landesregierung Baden-Württemberg umgesetzt. Dies sollte in Rheinland-Pfalz ebenfalls möglich sein, zumal die Firma BioNTech mit Ihren Steuerabgaben die Haushaltskasse des Landes Rheinland-Pfalz deutlich aufgefüllt hat.

Vielen Dank und mit freundlichen Grüßen



Hans-Joachim Spieß  
(Fraktionsvorsitzender)